

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 100.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 28. August 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Zur Tarifrevision.

II.

In allen Kreisversammlungen ist es mit Genugtuung begrüßt worden, daß die bewußte Konferenz das Schmergericht ihrer Beratungen auf die materielle Seite des Tarifes konzentrierte. Neben den sonstigen Anträgen auf materielle Verbesserung einzelner Paragraphen des Tarifes drückte die Forderung einer 15prozentigen Erhöhung der Grundpositionen den grundsätzlichen Standpunkt der Gehilfenschaft aus. An ihm festzuhalten hat sie ausdrücklich dokumentiert und die Gehilfenvertreter beauftragt, in diesem Sinne zu wirken. So weit bis jetzt die Fachpresse zu verfolgen, hat sie die Forderungen der Gehilfenschaft — mit einer Ausnahme — ohne Kommentar zu den Akten genommen. Und es wird auch tatsächlich der Prinzipalität schwer fallen, gegen diese Forderung Stichthaltiges anzuführen. Wie sie im einzelnen bereits mit der Bewilligung von Teuerungszulagen zugestanden, daß die wirtschaftliche Lage der Gehilfen unter der herrschenden Teuerung sich wesentlich verschlechtert habe, so wird die Prinzipalität, will sie gerecht sein und die tatsächlichen Verhältnisse würdigen, und will sie weiter auf Jahre hinaus stabile Zustände im Gewerbe, den materiellen Forderungen der Gehilfen entgegenkommen beweisen müssen. Von einer wirklichen Hebung der wirtschaftlichen Lage der Gehilfen gegen das Jahr 1901 wird ja trotzdem um so weniger die Rede sein können, als die geforderten 15 Prozent nicht einmal die inzwischen gestiegenen Preise der Lebensmittel und der Wohnungen sowie vieler notwendiger Verbrauchsgegenstände und die eingetretenen Steuererhöhungen decken können. Diese Differenz zwischen Preissteigerung und Lohn muß aber auszugleichen versucht werden, soll ein beider Teile befriedigender Tarifabschluß zustande kommen. Wir lehnen es selbstverständlich ab, mit allgemeinen Nebensarten diese Forderung der Gehilfen zu begründen, sondern an der Hand von Tatsachen soll im Tarifausschusse ein Bild über die gedachten Dinge entrollt werden. „Hierzu ist von den Gehilfenvertretern die vom Tarifamte veranstaltete Erhebung bei den Kommunalverwaltungen als Grundlage zu benutzen und als Beweismaterial heranzuziehen“, heißt es ausdrücklich bei der Antragstellung der Gehilfen. Dieses amtliche Material, das für die Prinzipale dieselbe Ueberzeugungskraft besitzt wie für die Gehilfen, wird allen willkürlichen Behauptungen und oberflächlichen Abwehrversuchen Tür und Tor verschließen.

Will man aber eine Grundlage haben, inwie weit neben allen anderen den Buchdruckergehilfen ein Unrecht auf vernünftige Ernährungsverhältnisse zusteht, so braucht man sich bloß die Speiserollen der Marine zum Beispiel nehmen, wonach für einen Mann und für Schiffe im heimischen Hafen neben den sonstigen Lebensmitteln wöchentlich allein 4 3/4 Pfund Fleisch festgesetzt sind. Dies übertrage man im Verhältnisse auf die Familie eines Gehilfen — bei einer vierköpfigen Familie das Dreifache der Normalration des Marinesoldaten berechnet. — und man wird zu einem gewissen Quantum des Nahrungsaufwandes kommen, dessen Preis weiterhin durch amtliche Quellen belegt ist.

Würde man solcherart praktisch verfahren, dann würde sich herausstellen, daß der Gesamtlebensaufwand eines Gehilfen mit einer 15prozentigen Erhöhung des Minimums noch gar nicht einmal gedeckt wäre. Diese Frage wird hoffentlich auch prinzipiellseitig sine ira et studio, d. h. rein objektiv behandelt. Der zwingenden Feststellung durch amtliches Material, das ohne Parteilichkeit zustande gekommen, wird sich auch niemand entziehen können. Gelingt es den Gehilfenvertretern, die Prinzipale zu überzeugen, daß diese Erhöhung der Lohnsätze eintreten muß, um sich für die Zukunft eine im besten Sinne des Wortes arbeitswillige Gehilfenschaft zu erhalten, so wäre dies von dem größten Nutzen für das ganze Gewerbe. Wer aber arbeiten und dabei hungern soll, für den bleibt es sich gleich, ob Frieden oder Krieg im Gewerbe herrscht. Alle von der aufbauenden Tendenz der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe überzeugten Elemente aber müssen wünschen, daß sie dem Gewerbe nicht wieder verloren gehe; sondern daß sie mehr und mehr der Fabel zur Verbesserung des wirtschaftlichen Loses aller werde.

Wir meinen damit auch die Prinzipale. Es wäre kurzfristig von Seiten der Gehilfenschaft, wollte sie aus den gewerblichen Verhältnissen die Schlussfolgerung zu ziehen unterlassen, daß ohne weiteres die Arbeitslöhne um 15 Prozent zu steigern allen Prinzipalen kaum ohne irgendwelche Kompensationen möglich sein wird. Dabei ist nicht zu vergessen, daß wir auch noch eine halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit, einige andere Erhöhungen, u. a. der Sozialzuschläge, der Ueberstunden und eine Reduzierung der Lehrlingskala verlangen, so daß in Summa der materielle Effekt der Gehilfenforderungen etwas über 20 Prozent ausmacht. Nehmen wir aber immer wieder, was wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen, die Regellosigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung zur Grundlage auch der Produktion im Buchdruckgewerbe, so müssen wir in unsern eignen wohlverstandenen Interesse der Prinzipalität beihilflich sein, diesen Mehraufwand an Betriebskosten auch tragen zu können. Es ist eben eine Frucht der Tarifgemeinschaft, daß sie uns gelehrt hat, auch die Position des andern Teils zu untersuchen, und weil schließlich die Gehilfenvertreter ja doch mit diesen Gesichtspunkten werden rechnen müssen. Darum ist es besser, wir sagen das jetzt. Bei ihren Beratungen hat sich deshalb seinerzeit auch die Konferenz auf den Standpunkt stellen müssen, daß zunächst nur eine entsprechend lange Tarifdauer die Stabilität der Tarifserhöhungen überhaupt garantieren kann. Denn was täglich und stündlich der Befehdung ausgesetzt ist, wird niemals sich dauernden Bestand erringen. Darauf muß es uns aber ankommen, weshalb auch von einer kürzeren als einer fünfjährigen Tarifdauer keine Rede sein konnte. Wir wollen uns in dieser Beziehung nicht wiederholen, weshalb über diesen Punkt hinweggegangen werden kann. Es wird aber jedem Leser einleuchten, daß die Prinzipalität im allgemeinen eher in der Lage ist, unseren Forderungen entgegenkommen zu beweisen, wenn sie weiß, daß ihr auf Jahre hinaus der gewerbliche Frieden garantiert ist, und wenn sie dadurch in ihren

geschäftlichen Maßnahmen mit Ruhe und Sicherheit operieren kann. Tritt dann noch das moralische Gewicht eines eventuell zehnjährigen Friedensvertrages hinzu, so wird es der Prinzipalität möglich, mit größerer Sicherheit an die Gehilfenforderungen heranzutreten. Es wird sich zu erweisen haben, ob die Prinzipalität für diese Erkenntnis reif ist. Andererseits würde vor ihr die ganze Unsicherheit ihrer wirtschaftlichen Existenz stehen, wenn unaufhörliche Lohnkämpfe mit ihren kaum absehbaren Wirkungen das Gewerbe erschüttern sollten. In gar keinem Verhältnisse würden diese Schädigungen zu der Bewilligung der Gehilfenforderungen stehen. Und das Ende vom Liede wäre der Niedergang des Gewerbes, das Erblühen einer unerträglichen Schmutzkonzurrenz und Lehrlingszucht. Zwar würde auch die Gehilfenschaft und ihre Organisation immens geschädigt, aber sie würden diese Schäden in den Kauf nehmen müssen, weil ihr die Prinzipalität keinen andern Ausweg gelassen hat.

Vorläufig glauben wir noch nicht an diese Rückwärtsentwicklung der Kultur im Gewerbe, sondern vielmehr daran, daß sich ein Weg der Verständigung finden lassen wird. Wie die Gehilfenvertreter bereits im Kampfsjahre 1891 der Prinzipalität das engste organisatorische Zusammengehen zum Zwecke der Durchführung des Tarifes angeboten haben in der Voraussetzung, daß nur dadurch den Interessen von Prinzipalen und Gehilfen gedient sein kann, so sind wir ja bereits darin einen bedeutenden Schritt weiter gekommen, indem durch den zwischen den beiderseitigen Organisationen getroffenen Vertrag die ganze Kraft der Organisationen auf dem Tarifgebiete wirksam gemacht werden kann. Die Gehilfenschaft hat sich dazu bereit erklärt, mit der Prinzipalität Hand in Hand bei der Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz zu gehen. Wir sind nicht kurzfristig genug, um nicht einzusehen, daß die Bewilligungsfähigkeit der Prinzipalität in demselben Maße steigt, als es ihr möglich ist, auf Preise halten zu können. Der Schmutzkonzurrenz ist sowohl der Todfeind der Prinzipale wie der Gehilfen. Während er dem erstern die Preise drückt und eine höhere Bezahlung der Gehilfen unmöglich macht, heftet sich im weiteren Verlaufe der unter Tarif entlohnte Gehilfe und der ausgebeutete Lehrling an seine Spuren. Die Gehilfenschaft hat aus doppelten Gründen das allergrößte Interesse daran, hier mit der tariftreuen Prinzipalität gegen die „Tariffreien“ aus engste Zusammenarbeit zu gehen — trotz Dr. Kille. Wenn in der „Zeitschrift“ seit einiger Zeit Artikel über die gedrückte Lage der Prinzipalität erscheinen, worauf sind sie zurückzuführen, als auf die selbstmörderische Taktik vieler Prinzipale, Druckaufträge um jeden Preis zu erhalten. Dem muß ein Niegel vorgeschoben werden. Dazu sind aber weder die Prinzipale noch die Gehilfen allein imstande. Erst durch das Zusammenwirken beider kann diese Arbeit erfolgversprechend in Angriff genommen werden. Sie bildet mit einem integrierenden Bestandteil des abgeschlossenen Vertrages und dieser Teil des Vertrages dürfte sehr wesentlich mit dazu beitragen, den Gehilfenforderungen die gebührende Aufnahme zu sichern. Wird erst einmal auf diesem heißen Gebiete gemeinsam und mit vollem Ernste ein-

geseht, dann kann auch der Erfolg nicht ausbleiben. Dann kommen wir zu erträglicheren Konkurrenzverhältnissen im Gewerbe und damit erst zur Realisierung des Wortes: Leben und Leben lassen!

Die Gehilfenschaft hat also ihre Forderungen nicht ins Blaue hinein erhoben. So sehr sie auch gezwungen war, infolge der Not der Zeit ihre materiellen Forderungen in der gedachten Höhe zu stellen, und so sehr sie auch entschlossen ist, an ihnen festzuhalten; so hat sie trotzdem dabei nicht vergessen, nach Mitteln und Wegen zu forschen, um diese Forderungen auch der Prinzipalität annehmbar und durchführbar zu machen. Die Gehilfenschaft ist bemüht gewesen, objektiv auch die Position der Prinzipale zu untersuchen und bietet die Hand zu einem dem ganzen Gewerbe gegenbringenden Zusammengehen. Will man im andern Lager die gebotene Hand ergreifen und will man verstehen, daß die Gehilfenschaft von ihren Forderungen nicht abgehen kann, dann wird nicht nur der Friede im Gewerbe erhalten, sondern auch eine neue Ära sozialen Wirkens von vorbildlicher Bedeutung für das ganze Wirtschaftsleben heranzubringen, andernfalls wird eine Zeit zerküftender, zerrüttender Kämpfe unausbleiblich sein, eine Zeit, von der einst der große Agitator Lassalle sagte, sie komme mit wild wehendem Sodenhaare und ehernen Sandalen an den Füßen.

Genosse Albert!

Seit Ende vorigen Jahres ist der Genosse Robert Albert, Redakteur der sozialdemokratischen Breslauer „Volksmacht“, mit anerkennenswerthem Eifer bemüht, die Breslauer Parteigenossen durcheinander zu hegen und in der Redaktion selbst die unuerquicklichsten Verhältnisse herbeizuführen, was die Preskominmission zur Kündigung Alberts veranlaßte, welche aber, nachdem für Albert eine andre Position in Aussicht, wieder zurückgezogen wurde. Albert ist der geborene Stänker und, soweit ernst zu nehmen, ein Fagte. Mit der Fähigkeit des Verleumdens und Denunzierens in höchstem Maße ausgerüstet, verlagern seiner Demagogie gegenüber das einfache ehrliche Wort, überhaupt alle Begriffe von Recht und Wahrheit. So kennen wir Albert bereits aus seiner „Sagenhaftigkeit“ Tätigkeit in Zwickau und später in Magdeburg. Wir hätten nun allerdings deshalb keine Veranlassung, uns mit diesem „Genossen“ zu beschäftigen — mögen seine Parteigenossen sehen, wie sie mit ihm fertig werden —, wenn er nicht in seine alten Sünden zurückfiel und sich an uns reiben würde. Dieses Handwerk wollen wir ihm aber gründlich legen.

Ohne jede äußere Veranlassung erlaubte sich Albert in der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau am 21. August von dem „Ergenossen Reghäuser“ und davon zu sprechen, daß dieser sich der „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber einer „Fälschung“ bedient habe. Weiter schreibt Albert in der Breslauer „Volksmacht“ vom 24. August:

„Sozialdemokratischer Verkehrtst.“ Die bürgerlichen Blätter machen sich lustig über den „anständigen“ Ton eines Artikels in Reghäuser's Blatt, der sich gegen den Genossen Marxwald in Königsberg richtet und diesen für einen „Stänker“ usw. erklärt. Die Blätter vergessen, daß Reghäuser schon deshalb den „sozialdemokratischen Verkehrtst.“ nicht discredibilisieren kann, weil er nicht nur überhaupt nicht Sozialdemokrat, sondern seit langen Jahren aus der Partei ausgeschlossen ist. Daß er sich anmacht, sich selbst Parteigenosse zu nennen, ändert daran ebensowenig, als wenn die „Schlesische Zeitung“ von sich sagte, daß sie anständig sei. Vom Behaupten allein wird eine Unwahrheit nicht wahr. Die Illustration des „sozialdemokratischen Verkehrtst.“ ist deshalb deplaziert. Aus diesem Grunde hat es auch ein vom **Renegaten Reghäuser** angepöbelter Sozialdemokrat nicht nötig, sich gegen dessen gehässige Explektionen zu wehren.

Daß wir gemäß der Weisheit — um uns gelinde auszudrücken — einer kleinen Anzahl Leipziger Parteigenossen (von 80 Anwesenden, darunter eine größere Anzahl an dem betreffenden Abend erst neu aufgenommener Mitglieder, deren erste Parteitätigkeit in dem Ausschluß Reghäuser's bestand, stimmten 40 für den Ausschluß, 20 dagegen und 20 enthielten sich der Abstimmung) seit dem April 1897 auf die äußere Form des Ausdrucks unserer sozialistischen Gesinnung verzichten müssen, ist richtig, wie es ebenfalls richtig ist, daß einige unsern Ausschluß damals betriebene Parteigenossen inzwischen ebenfalls aus der Partei ausgeschlossen wurden, allerdings aus für sie wenig ehrenvollen Gründen. Unser Ausschluß erfolgte, weil wir 1. die „Leipziger Volkszeitung“ herabwürdigend haben sollen, indem wir die Maßnahmen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker gegen die Verdrängungen der „Leipziger Volkszeitung“ in Schutz nahmen, resp. uns gegen deren ungehobelten Angriffe

wehren; 2. weil wir „hinreichend verdächtig“ erschienen, der Polizei die Interna aus der sozialdemokratischen Partei zu verraten. In Wirklichkeit aber, weil wir einigen Parteihauptern als Parteimitglied zu gefährlich erschienen, und weil zu jener Zeit die Hege aus Parteistreifen gegen die Buchdrucker in Leipzig in höchster Blüte stand. Nachdem man uns auf diese Weise der Form nach als „Verräter an der Arbeiterklasse“ gebrandmarkt, konnte man später sagen: Was will der Renegat Reghäuser, der Mensch ist ja aus der Partei ausgeschlossen! Und so kann auch Albert heute von dem „Ergenossen“ und „Renegaten“ sprechen, obwohl es, wie immer, dem Albert unmöglich wäre, den Beweis für seine Beschimpfungen zu erbringen. Wenn Albert lügt, Reghäuser mag sich an, „sich selbst Parteigenosse zu nennen“, so wundert das niemand, der Albert kennt. Wahr ist dagegen, daß Reghäuser laut Protokoll der Februar-Konferenz der Zentralvorstände in Berlin gesagt hat: „Ich fühle mich als Parteigenosse!“ und an einer andern Stelle: „Ich getraue mir überall den Standpunkt zu vertreten, den ich als moderner Arbeiter vertreten muß, nämlich daß ich Sozialist bin.“ Schreiber dieser Zeilen fällt es nach Lage der Dinge im Schlafe nicht ein, sich Parteigenosse zu nennen, und ob in der Gemeinschaft eines Albert es eine besondere Ehre wäre, dessen Genosse zu sein, wagen wir angesichts des Tatsachenmaterials noch zu bezweifeln, wie überhaupt die gegenwärtige Situation in der Arbeiterbewegung wenig dazu angetan ist, sich für die in der Partei maßgebende gewerkschaftsfeindliche und alle Vernunft in den Boden stampfende radikale Richtung zu begeistern. Mit welcher ausgemachten Demagogie der Albert zu Werke geht, erhellt ferner daraus, daß er schreibt: „Aus diesem Grunde hat es auch ein vom Renegaten Reghäuser angepöbelter Sozialdemokrat nicht nötig, sich gegen dessen gehässige Explektionen zu wehren.“ Es heißt zwar nicht Explektionen, sondern Expektorationen, das ist aber bei Albert alles eins. Dann verschweigt Albert absichtlich, daß wir Marxwald nur imichte parteigenössiger Beleuchtung gezeigt haben. Und in eben dieser selben Beleuchtung soll auch der Ruf des Genossen Albert erschallen. Es heißt z. B. in einem Versammlungsberichte des Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg in der „Magdeburger Volksstimme“ vom 25. Januar 1905 u. a. wie folgt:

Bericht der Preskominmission... Genosse Brandes: „Überall erklärt man seine Zufriedenheit mit dem Inhalte der „Volksstimme“. Derartige Meinungen müssen man beachten. Allgemein wünschen die Parteigenossen, daß nach den vielen Stürmen wieder Ruhe eintritt. Viel Schuld an all den Zerrwürfnissen habe der nunmehr nach Breslau verzogene Genosse Albert gehabt... Wie hat sich der Abgang Alberts vollzogen? In der Preskominmissionssitzung vom 11. November war Genosse Wender zugegen, damit in seiner Gegenwart die von ihm bezweifelten Richtigkeit der Angaben, welche Wader bezüglich der Gehaltsverhältnisse an den Parteiblättern gemacht hatte, festgestellt wurde. Das ist geschehen. Eine Versicherung Wenders hatte Wader zu der Bemerkung veranlaßt, das sei unanständig. Wender verlangte die Zurücknahme und bezeugte Waders Handlung, daß er **den von Albert geschriebenen tendenziösen Bericht** über die Versammlung bei der Anstellung Müllers unverändert aufgenommen habe, gleichfalls als unanständig. Wader legte den damaligen Fall klar und damit zugleich, daß nicht er, sondern **Albert unanständig gehandelt** habe, weil er den Bericht überhaupt tendenziös gefälscht hatte. Die Folge war, daß Albert aufsprang und erklärte, unter solchen Umständen könne man ihm nicht zumuten, auch nur noch eine Stunde in der Redaktion zu arbeiten. Er verlangte sofortige Entlassung. Wir haben ihm aber vorläufig Dispens vom Freitag bis Mittwoch gegeben. Dann erfolgte eine Aussprache und die Preskominmission gab ihre Zustimmung zum Verlangen Alberts. Das war am 16. November. Jeder von uns hatte die Empfindung, daß der Entschluß Alberts durch Wender und Wader provoziert sei. Da erfahre ich in Berlin, als ich zum Preussentage war, vom Genossen Löbe-Breslau, daß Albert schon im Oktober eine neue Stellung in Breslau angenommen hatte, zu der er für den 1. November engagiert war. Sein „Pflichtgefühl“ hat es zugelassen, daß, obgleich er schon eine andre Stellung hatte, die Preskominmission einen Abend und einen ganzen Vormittag über sein Fortgehen oder Hierbleiben diskutieren mußte. Sein „Pflichtgefühl“ hat es zugelassen, daß er noch obenrein den Ausschluß anrufen hat. Und auch den Parteivorstand hat er noch attackiert. Alle diese hat er versucht, an der Nase herumzuführen. Ich habe keinen Ausbruch für solche Handlung. Da diese Tatsache vom Genossen Schütz, dem Vorsitzenden der Breslauer Preskominmission, später bestätigt worden ist, muß ich es den Anwesenden überlassen, wie sie über einen Mann urteilen, der so mit den Parteiinteressen spielt.“ — Müller: „Wenn Albert vor dem 1. November hätte gehen wollen, hätte ihn die Preskominmission sicher von seinem Posten entbunden. Aber er hat erst am 11. November einen Grund zu seinem Weggange gesucht. **Er hat noch einmal Zank und Streit aufgerührt und die Partei geschädigt.** Er ist nicht offen und ehrlich weggegangen.“ — Meyer: „In der Preskominmissionssitzung war ich der einzige, der Albert in Schutz nahm. Ich bin jetzt anderer Meinung. Die anderen Redaktionsmitglieder haben

ganz korrekt gehandelt, da sie **Albert in seiner Sagenhaftigkeit erkannt hatten.**“ — Wader: „Der Vorwurf, daß Albert unanständig gehandelt hat, wurde ihm gegenüber von mir im Februar und im Sommer erhoben. Albert nahm daraus keinen Anlaß, zu künigeln. Er arbeitete ruhig mit mir zusammen. Erst als am 11. November von mir beiläufig, weil ich dazu provoziert wurde, der gleiche Vorwurf wiederholt wurde, erklärte Albert auf einmal, unter den Umständen könnte er nicht mehr länger auf der Redaktion bleiben. Mir, der ich seine **Sagenhaftigkeit gründlich durchschaute** hatte, kam es nicht so überraschend, daß er am 1. November bereits schon in Breslau engagiert gewesen war und am 11. November in der Sitzung erst künigte.“ — Brandes: „Festgestellt ist, daß **Albert die Parteigenossen belogen hat.** Von Albert liegen **Verleumdungen über Verleumdungen** vor. Albert erklärte immer, unschuldig zu sein. **Wenn aber die Beweise erbracht wurden, mußte er allesugeben.**“ — Ebeling: „Sämtliche Ausschlußmitglieder sind der Meinung, daß Albert in dem Briefe an Wendlandt die Unwahrheit geschrieben hat. Am 11. November war die Sitzung und am 22. November beschwerte sich Albert bei dem Ausschusse und gab an, daß er nach Dresden gehe. Die Unwahrheit hat Albert, hier oder da, jedenfalls gesagt.“

Das ist der Genosse Albert in parteigenössiger Beleuchtung, und dieser Mensch mag uns der Fälschung zu zeigen! Eine „seine Nummer“ dieser Albert. Erst wird er im Februar und Sommer von Wader moralisch geohrfeigt, verhält sich aber mäusehinstill; erst als er im Oktober ein Engagement in der Tasche hat, fühlt er sich im November durch den gleichen Vorwurf in seiner Ehre gekränkt und fordert seine Entlassung. Es werden diesem Menschen Unwahrhaftigkeit, Verlogenheit, Verleumdungen, Sereien und Ständereien nachgewiesen, macht alles nichts, Albert wird mit offenen Armen von den Breslauer Parteigenossen empfangen und spielt fort die erste Geige, selbstverständlich gegenüber seinen dortigen Redaktionskollegen in ähnlicher Weise sich „beliebt“ machend. Aber es ist nur der erste Akt in den Selbstentaten jenes fälschlichen Genossen. Von gemeinsamer Rachsucht über die ihm gemordene wohlverdiente Züchtigung erfüllt, machte Albert sich nunmehr zum Träger elendester, niedriger Verdrängungen gegen seinen früheren Redaktionskollegen Wader. Wie jeder Feigling und Ehrabschneider steckte sich Albert mit seinen Verleumdungen hinter einen Dritten, der gutgläubig genug oder weil vom gleichen Kaliber das ihm eingespritzte Gift weiter verbreitete. Das „Hamburger Echo“ schrieb damals:

„Der Parteigenosse Wendlandt hatte in einem Briefe an die leitenden Parteigenossen am Orte gegen den ersten Redakteur der „Volksstimme“, Genossen Wader, schwere Beschuldigungen erhoben, die, wenn sie wahr wären, den Ausschluß Waders aus der Partei zur Folge haben müßten. Wendlandt hatte seine Beschuldigungen allerdings in die Form der Frage gekleidet, als liege ihm nur daran, Klarheit schaffen zu wollen, er hatte aber hartnäckig die Nennung seines angeblichen Gewährsmannes verweigert. Und im Vorwärts“ war zu lesen:

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg beauftragte mit allen gegen zwei Stimmen den Vorstand des Vereins, das Mitglied Erich Wendlandt wegen ehrloser Handlungen aus dem Vereine auszuschließen. Diefem Untrage liegt ein ekelhafter Klatsch zugrunde, über den in der Versammlung ausführlich verhandelt wurde. Ueber den leitenden Redakteur des Magdeburgischen Parteiblattes, Genossen Wader, wurden verleumderische Gerüchte ausgebreitet, die seine Ehre schwer schädigten. Wendlandt machte sich insofern zum Mitschuldigen, als er an den Ausschluß der Partei in Magdeburg einen Brief richtete, worin er in Form von Fragen die gegen Wader gerichteten Beschuldigungen formulierte, sich aber beharrlich weigerte, den ihm bekannten **Urheber der Verleumdungen** zu nennen. Die Beschuldigungen gegen Wader sind untersucht worden und haben sich, wie gesagt, als erbärmlicher Klatsch erwiesen.

Wer der **Verleumder** war, werden unsere Leser bereits erraten haben: **Albert!** In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg am 30. März 1905 stand der Punkt: „Wendlandts Beschuldigungen gegen Wader“, auf der Tagesordnung. Wendlandt erklärte dort nach Feststellung des Sachverhaltes: „Den Denunzianten wollte ich nicht spielen. Ich kann jetzt erklären, daß ich mit den Antworten zufrieden bin und muß nur bedauern, daß ich getäuscht worden bin.“ Wie folgen nun weiter dem Berichte der „Magdeburger Volksstimme“:

Wader: „Sie werden begreifen, daß ich alle Selbstbefehrigung aufbieten muß, um ruhig reden zu können angesichts der Feigheit, die Wendlandt mit seinem Rückzuge bewiesen hat. In der Vorstandssitzung erklärte er, er fürchte sich nicht vor einer Auseinandersetzung. Es wären noch ganz andere Gerüchte über mich im Umlaufe. Deckt er den Verleumder, dann braucht er sich über die Prügel nicht zu wundern, er hat hier erhält... Wendlandts Gewährsmann, der doch niemand anders ist als Albert in Breslau, ist in der letzten Generalversammlung nachgewiesen worden, daß er die Par-

teigenoffen angelogen und an der Nase herumgeführt hat. Trotzdem magt W., auf diesen Lügner gestützt, die schwersten Beschuldigungen gegen mich vorzubringen. . . W. brüskt sich, kein Denunziant sein zu wollen. In der letzten Generalversammlung hat er aber schon seinen Gewährsmann, den Albert, preisgegeben, über dessen Lügenhaftigkeit dort zu Gericht geessen wurde. So erhebe ich den Vorwurf, daß W.s Angaben auf Alberts Brief gestützt sind. Ich fordere, daß dieser Brief herausgegeben wird. Albert schrieb nach der letzten Generalversammlung an die Redaktion einen Brief, daß er ein Schiedsgericht beantragen werde. Zwei Monate sind seitdem verfloßen, aber niemand hat von einem Schiedsgericht etwas erfahren! **Statt dessen schickte Albert einen andern vor, der mir die Ehre abschneiden sollte.** In der antisemitischen „Sachschau“ (basselbe Organ, das kürzlich eine Abwehr des Tariffantes herausforderte. Redaktion des „Kor.“) wird Albert als der anständigste und nobelste Sozialdemokrat geschildert. Es heißt da: „Ich bin mit Herrn Albert sehr gut bekannt und weiß die Gründe seines Weggehens von hier ganz genau. . . Alberts Ziele werden sich auch wohl niemals mit denen seiner hiesigen Kollegen decken.“ In dem antisemitischen Blatte werden also Interna der Partei erörtert. Was ist von Albert zu halten, der in seine Verhältnisse einen Menschen blickt, der in nahesten Beziehungen zu der gegnerischen Presse steht? Ist das eines Sozialdemokraten würdig? — Landsberg: „Jetzt soll die Sache für Sie, Herr Wendlandt, erledigt sein? Dann erklären Sie damit, daß Ihr Gewährsmann Sie angelogen hat! Einen solchen Menschen muß man preisgeben! Mit dem Namen herauszurufen sind Sie im Interesse der Parteimoral verpflichtet. Kein Mensch wird Sie einen Denunzianten nennen, wenn Sie den Namen dieses Salunkens nennen!“ — Wendlandt (zu Landsberg): „Sie haben mich hier aufgefressen, und ich werde ihnen hier den Namen nennen: **Es ist Albert!** Dies war der zweite Akt. Nunmehr folgt der dritte.

Am 24. Juni 1905 tagte in Magdeburg ein Schiedsgericht in Sachen Albert gegen Wader und Sozialdemokratischen Verein in Magdeburg gegen Albert.“ Es kam folgender Vergleich zustande:

1. **Albert erklärt:** Meine im Laufe der Magdeburger Parteistreitigkeiten gegen Genossen Wader erhobenen Anklagen kann ich nicht aufrechtserhalten, weil ich mich überzeugt habe, daß dieselben **unwahr und ohne jeden tatsächlichen Anhalt kombiniert worden sind.**

2. Die Magdeburger Parteigenossen nehmen darauf ihre Urträge gegen Albert in der Erwartung zurück, daß Albert sich **zurückzieht** in seine obigen Erklärung in Verleumdung mit Parteigenossen und parteigenössigen Organisationen handelt.

Was ist das nun für ein Mensch und Parteigenosse, der fortgesetzt, anderen Leuten die Ehre abschneidet und vor aller Welt sich attestieren muß, daß er die schwersten Verleumdungen und Verunglimpferungen gegenüber seinen eignen Genossen „ohne jeden tatsächlichen Anhalt“ freierfunden hat! Rechtsanwalt Landsberg sprach von „Parteimoral“; nun, wir glauben, eine solche hätte es unbedingt verlangt, daß der gewerkschaftliche Verleumder Albert ebenso wie sein Kumpan und „Genosse“ Wendlandt mit Schimpf und Schande aus der Partei hinausgeschoben wäre. Statt dessen kann sich dieser traurige Kerl in einer Parteizeitung namens der Partei zu sprechen erdreisten, kann andere Leute „Ergenossen“ und „Renegaten“ schimpfen, darf sich mit seinen persönlichen Begehren sogar in ein antisemitisches Organ fügen und dort die Partei diskreditieren, setzt trotz aller Erklärungen vor dem Schiedsgericht an dem neuen Orte seines „Wirkens“ die Miniarbeit gegen seine Kollegen und Genossen fort — und wird von der Volkspartei bis in den Himmel gehoben: das ist ein Bild, daß einem der Stiel erstickend möchte! Da kann man nur froh sein, von der Parteigenossenschaft ausgeschlossen zu sein. Trotzdem Albert sich in Breslau als Redakteur unmöglich gemacht hat, ist er jetzt zum Parteisekretär für Mittelschlesien avanciert, wo er ohne jede Verantwortlichkeit in den Versammlungen den „Unentwegten“ herausreden und gegen die „Flaumacher“ donnern kann. Dieser Demagoge wird jetzt als „Aufklärer“ und „Erzieher“ auf die Massen losgelassen, er darf als „Hüter des Prinzips“ die Gewerkschaftsbeamten beschimpfen und das Volk für die „große Aktion“ vorbereiten helfen, — vox populi, vox dei — mit der größten Stimmenzahl haben die Breslauer Parteigenossen den Burschen zum Mannheimer Parteitage delegiert. Er wird demselben nicht zur Hölle gereichen.

Das Bild dieses ganz gewöhnlichen Demagogen wäre aber nicht vollständig, wenn wir nicht seiner hervorragenden „Verdienst“ um die Buchbinderorganisation gedenken würden. Als im Jahre 1904 der Verbandstag der Buchbinder stattfand, machte sich Albert einige Wochen vorher in den Kreisen seiner früheren Berufskollegen recht bemerkbar mit dem Erfolge, daß er in Magdeburg mit einer Stimme Mehrheit zum Delegierten gewählt wurde gegen den Magdeburger Gaubelvollmächtigen, der seit Jahren uneigennützig für die Organisation gearbeitet hatte. Als die Möglichkeit der Wahl angezweifelt wurde, befahl Albert selbstverständlich nicht so viel Unfand, zurückzutreten und sich der Gefahr einer Neuwahl auszuweichen. Albert war es nicht nur darum zu tun, als Retter des Verbandes aufzutreten, obwohl er zur Vorbereitung seiner Wahl vorher einen fürchterlichen Artikel

in der „Buchbinderzeitung“ verbrochen hatte: „Dem Abgrunde zu!“ Diesen „Abgrund“ sah Albert in der Einführung neuer Unterstützungsbeiträge. Der gute Mann dachte mit seiner Delegation außerdem ein gutes Geschäft zu machen. Durch billigeres Angebot hatte er es verstanden, dem Berichterstatter Zhiel-Rassel die Berichterstatterung für die Parteipresse wegzuschleppen, und so sehen wir den „Delegierten“ Albert in Dresden während der Sitzungen hektographierte Abzüge machen. Die Berichte aber waren derart einseitig und tendenziös, daß der Verbandstag sich darüber empörte, und es hätte nicht viel gefehlt, da wäre der „Delegierte“ Albert zur Tür hinausgeworfen worden. Obwohl sich Albert in Dresden seine Diäten zahlen ließ und außerdem seinen Gehalt fortbezog und sich in journalistischer Schmutzkonkurrenz übte, vergaß er trotzdem nicht, auch dort Honorar einzufordern, wozu er gar nichts geliefert hatte. Wir lesen in der „Buchbinderzeitung“ Nr. 44 von 1904 unter „Hannover“ das Folgende:

Unter Hinweis auf den Artikel des Kollegen Albert-Magdeburg: „Zur Abwehr“, in Nr. 39 der „Buchbinderzeitung“, schneidet Studienbrod auch diese nicht zur Ruhe kommen wollende Angelegenheit an, darauf aufmerksam machend, daß in dem genannten Artikel der hannoverschen Delegierten schwere Vorwürfe gemacht würden. Zwar habe er, Studienbrod, sowohl wie Kornader nicht die Absicht gehabt, auf die Anpassungen Alberts zu reagieren, ein Vorwissen jedoch, welches geeignet sei, die ganze Handlungsweise Alberts in das rechte Licht zu setzen, habe sie zur Aufgabe ihres ursprünglichen Standpunktes gebracht. Kornader wäre in der Lage, hierüber näheren Aufschluß geben zu können. Sodann führte Kornader etwa folgendes aus: Vor einiger Zeit sei ihm von Studienbrod die Mitteilung gemacht worden, daß Albert beim hiesigen „Volkswille“ einen Honorarforderung in Höhe von 15 M. für Berichterstatterung vom Verbandstage eingereicht habe. Anfangs hätten er sowohl wie Studienbrod dieser Mitteilung keinen Glauben geschenkt, da der „Volkswille“ außer der sieben Zeilen großen Mitteilung, daß der Verbandstag der Buchbinder vom 4. bis 9. Juli in Dresden stattfinde, und einer solchen über das Resultat der Abstimmung über die Staffelleistungsfrage (in drei Zeilen) nur noch ein von Studienbrod gefandenes Telegramm über die Sitzverlegung gebracht habe. Zu seiner Ueberraschung sei ihm jedoch bei einer gelegentlichen Erkundigung im „Volkswille“ die Richtigkeit obiger Mitteilung bestätigt worden. Auch ein Brief Alberts sei ihm vorgelegt worden. Nachdem Albert auf seine Honorarforderung seitens der Redaktion des „Volkswille“ die Mitteilung wurde, daß ein Bericht vom Verbandstage hier gar nicht erschienen sei, sandte Albert einen Brief etwa folgendes Inhaltes: **Redner zitiert diesen Brief aus dem Gedächtnisse:** „Die Redaktion des „Volkswille“, Hannover. Auf Grund Ihrer Postkarte vom 5./8. habe ich nochmals Erkundigungen eingelegt und weiß nunmehr bestimmt, daß mein Bericht vom Verbandstage der Buchbinder vom 4. bis 9. Juli im dortigen Parteiorgane erschienen ist. Ihre gegenteilige Aeußerung beruht daher auf einem Irrtume. Ich bitte Sie nun, mir das Honorar von 15 M. nicht länger vorzuenthalten zu wollen. Andernfalls müßte ich mich beschwerdeführend an den „Verein Arbeiterpresse“ wenden. Mit Parteigrüß Rob. Albert, Magdeburg.“

Weiter führt Kornader aus, daß angesichts der moralischen Entrüstung, mit welcher Albert jeden Vorwurf, aus seiner Delegation zum Verbandstage ein einträgliches Geschäft gemacht zu haben, zurückweist, eine detarierte Handlungsweise die allerhöchste Verurteilung verdiene. — Auf die weiteren Angriffe Alberts in dem Artikel „Zur Abwehr“ noch näher einzugehen, halte Redner nicht für notwendig. Diese an sich sehr unliebsame Diskussion müsse eine Lehre sein, für die Zukunft nur solche Kollegen zum Verbandstage zu schicken, die in der praktischen Tätigkeit für den Verband ihre Hauptaufgabe erblickten, nicht aber solche, die sich nur dann bemerkbar machen, wenn es gilt, sich zu präsentieren oder ein Geschäft zu machen.

Wir glauben, zu dem Porträt des von seinen eignen Genossen und seinen Kollegen rechts und links geohrfeigten Demagogen, Geschäftssozialisten und Ehrabschneiders Albert fehlt nun kein Strich mehr. Wir beneiden die Breslauer Parteigenossen nicht darum, sich von Albert über die Buchdrucker und Verleger „aufklären“ zu lassen. Man sieht aber auch, daß nur ein ganz unverschämtes Auftreten in der Partei nötig ist, um dort jeden ehrlichen Menschen zum Schweigen zu bringen. Solche Menschen wie Albert aber klettern dank der Schamlosigkeit in der Wahl ihrer Mittel in die Höhe, korrumpieren die Partei aus persönlichem Interesse, und infolge ihrer ebenso gewissenlosen wie widerlichen Demagogie gereren sie den großen Haufen hinter sich her. Dafür ist Albert nur ein Typ. Und gibt man solchen Kerlen eins auf ihre dreifigen Hosen, dann verstecken sie sich hinter die Partei und schimpfen über „Renegaten“ und „Arbeiterverrat“. Wir haben im Laufe der Jahre schon in zahlreichen Fällen erlebt, daß diese Demagogen bei der ersten besten oder richtigen schlechten Gelegenheit in Wirklichkeit vor dem Arbeiterverrat zurückschrecken, wenn er sich nur bezähmt macht. Und so leben wir auch der Ueberzeugung, daß Albert schließlich doch noch einmal in der antisemitischen „Sachschau“ sich des ihm dort ausgesprochenen Vertrauens würdig erweisen wird.

Korrespondenzen.

Ansbad. Am 20. August fand dahier eine fast vollständig besuchte Mitglieberversammlung statt, die sich in der Hauptsache mit dem Resultate der auf der Gehilfenvertreter- und Gauvorsteherkonferenz gepflogenen Verhandlungen beschäftigte. Der Vorsitzende Meyer gab zunächst einen Ueberblick über unsere gegenwärtige tarifliche Lage, insbesondere darauf hinweisend, daß bei dem letzten Tarifabschlusse obnehmes eine minimale Erhöhung der Löhne zu verzeichnen war und durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage es denn doch angeeignet erscheine, daß den berechtigten Forderungen der Gehilfen Rechnung getragen werde. Es müsse aber, wenn es an dem nötigen Entgegenkommen der Prinzipale für unsere Forderungen fehlen sollte, mit allem Nachdrucke zur Durchführung derselben seitens der Gehilfen gearbeitet werden. Weiter wurden von dem Vorsitzenden die Resultate der fraglichen Konferenz des näheren erläutert, insbesondere auch mit einem kurzen Hinweise auf die Vorteile, die ein eventueller Abschluß der Tarifgemeinschaft von Organisation zu Organisation mit sich bringen würde. Nach Erledigung einiger Zweifelsfragen wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung erwartet von den Gehilfenvertretern, daß sie an den von der Konferenz als erreichbar bezeichneten Forderungen festhalten und mit allem Nachdrucke zur Durchführung derselben arbeiten.“ Ein weiterer Punkt der Tagesordnung: Erhöhung des Kartellbeitrags von 2 auf 5 Pf., zeitigte eine lebhafte, aber unliebsame Debatte. Dadurch, daß die gewerkschaftliche Lage aller Berufsstände als nötig angezeigt erscheinen ließ, am hiesigen Orte einen Gewerkschaftsbeamten hauptsächlich für Agitation und nötige Entlastung des Gewerkschaftskartells aufzustellen, war nebst anderen Einkünften für diesen Beamten ein Zuschuß von 3 Pf. pro Mitglied und Woche der an das Kartell angeschlossenen Gewerkschaften nötig. Alle in Frage kommenden Organisationen bewilligten diesen Zuschuß, leider mußte er aber bei den Buchdruckern eine Ablehnung erfahren, da für diese Selbstbewilligung eine Zweidrittelmehrheit laut Ortsstatut nicht vorhanden, sondern nur 31 Stimmen dafür und 22 dagegen waren.

S. Barmen. Unsere Bezirksversammlung vom 19. August in Remscheid hatte sich keines besonders großen Zuspruchs zu erfreuen, wenigstens war dies von Barmen speziell zu konstatieren. Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung: Berichterstatterung von der Kreisversammlung in Krefeld. Vorsitzender Rinkau entledigte sich dieser Aufgabe in angemessener Weise und gab ein klares Bild von den vereinbarten Vorträgen der Gehilfenerschaft, dabei den Wunsch ausdrückend, sich mit den gestaffelten Beisetzungen zufrieden zu geben. Die nur kurz gepflogene Diskussion; in der u. a. auch die Vertrauensmännerfrage zur Sprache kam, die gerade zur jetzigen Zeit für uns von einschneidender Bedeutung ist und eine Prüfung der einzelnen Druckereien für notwendig erachtet, ob der derzeitige Vertrauensmann auch befähigt ist, die Interessen seiner Kollegen voll auf zu vertreten. Es sei nicht damit Genüge getan, daß derselbe pünktlich und gewissenhaft die Beiträge an den Kassierer abliefern, sondern daß derselbe sich seiner ersten Aufgabe auch in vollster Weise bewußt wäre. Allgemein gab man sich mit den aufgestellten Forderungen zufrieden; es sei aber auch geboten, unter allen Umständen an diesen festzuhalten, die nur das Minimalste involvierten, was zu einer menschenwürdigen Existenz absolut notwendig sei. Auch gab man noch der Hoffnung Raum, daß uns das Schicksal vor den „herrlichen“ Sonderbestimmungen bewahren möge, wie es 1901 leider zu verzeichnen war, und daß der Teufel die Kompensierung hole. Die Tarifkommission soll sich in der Hauptsache aus den Vertrauensleuten der einzelnen Druckereien rekrutieren. Vor allen Dingen sollen die Verhandlungen örtlich gepflogen werden; nur in Dringlichkeitsfällen soll der Bezirksvorstand mit in Aktion treten. Die nächste Bezirksversammlung soll in Barmen stattfinden, um einen vollständigen Besuch zu erwirken, der in Unbetracht des „Kommenden“ hoffentlich auch nicht ausbleiben wird. — Von unserer letzten Monatsversammlung wäre noch erwähnenswert, daß dem Gesangsverein Typographia für das laufende Jahr abermals ein Zuschuß von 100 M. gewährt wurde. Mit Genugtuung begrüßte man die überaus günstigen Rezensionen der Krefelder Presse über die Leistungen des genannten Vereins auf dem Buchdruckerfingertage in Krefeld, was wesentlich dazu beitrug, die Sympathien für die Typographia zu erweitern.

Düsseldorf. Die am 11. August stattgehabte Bezirksversammlung beantragte den Ausschluß des Seckers Max Schraf wegen Neften. Die Reihe der in letzter Zeit gehaltenen Vorträge, die auf den Versammlungsbesuch und den Geist in den Versammlungen einen so günstigen Einfluß ausübten, wurde durch einen äußerst interessanten Vortrag des Kollegen Pfeiffer über „Der Darwinismus und seine Entwicklung“ vervollständigt. Der vom Referenten gewollte Zweck seines Vortrages, die Kollegen zum Besen anzuregen und sie zu veranlassen, sich auch in das Studium der Naturwissenschaft und des Geistes und Werbens mehr zu vertiefen, ist hoffentlich, nach dem reichlich gespendeten Beifalle zu schließen, in etwas erreicht worden. Eine längere Debatte entfiel der am nächsten Tage abzuhaltende Kreisversammlung in Krefeld. Beschlossen wurde, allen Teilnehmern an der Versammlung das Jahrgeld aus der örtlichen Tariffasse zu erweisen, was zur Folge hatte, daß etwa 50 Kollegen erschienen waren. — Die außerordentliche Versammlung vom 19. August ehrte zuerst

das Andenken des verstorbenen Kollegen Westbrod in der üblichen Weise und nahm sodann die Berichterstattung von der Kreisversammlung entgegen. Ohne Disfussion erklärte sich die Versammlung mit den dort gemachten Ausführungen einverstanden und verpflichtete sich, mit allen Mitteln für Durchführung der als mindest berechtigten Forderungen einzutreten. Einem Antrage der Maschinenfeger, die Bezirksversammlungen Sonntags abzuhalten, soll insofern entsprochen werden, als Versammlungen mit besonders wichtiger Tagesordnung Sonntags stattfinden.

Forst. In der am 18. August abgehaltenen Ortsvereinsversammlung referierte unser Bezirksvorsitzer Bed-Kottbus über „Die Anträge zur Tarifrevision“ in ausführlicher Weise. Es wurde betont, daß unsere hauptsächlichsten Forderungen: Erhöhung der Grundpositionen um 15 Proz., Verkürzung der Arbeitszeit auf 8½ Stunden, Regelung der Beurlaubungsfrist; Forderung der Drucker: Bedienung einer Maschine usw., als gerecht und billig anzuerkennen seien, und daß von unseren Vertretern erwartet wird, daß sie mit aller Kraft dafür eintreten. Nur sei der Sechsmaschinentarif zu stiefmütterlich behandelt worden. Nach anregender Aussprache fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung des Ortsvereins Forst erklärt nach Anhörung des Berichtes über die Anträge zum deutschen Buchdrucker-Tarife, daß sie von den Gehilfenvertretern erwartet, daß sie angesichts des wirklich vorhandenen Notstandes der Gehilfenschaft mit aller Energie für die eingereichten Anträge eintreten und sie zur Durchführung bringen werden. Des fernern erucht die Gehilfenschaft den Verbandsvorstand, nur dann seine Zustimmung zu dem Organisationsvertrage zu geben, wenn in weitgehendster Weise den materiellen Interessen der Gehilfenschaft seitens der Prinzipale Entgegenkommen gezeigt wird.“ Ferner wurden noch folgende Anträge einstimmig angenommen: „Zugleich nimmt die Versammlung mit Bedauern davon Kenntnis, daß der Sechsmaschinentarif zu wenig Beachtung — fast gar keine — erfahren hat;“ „Den Gehilfenvertretern ist aufzutragen, an einer 15prozentigen Erhöhung der Grundposition unbedingt festzuhalten.“

Freiburg i. Br. In einer von 188 Kollegen besuchten Versammlung erstattete am 18. August Gausvorsitzer Lindenlaub Bericht über die in Berlin stattgefundene Gausvorsitzerkonferenz und erläuterte die von dieser aufgestellten Anträge zur Tarifrevision. Die Stimmung der Kollegen kam in der beinahe einstimmigen Annahme folgender Resolution zum Ausdruck: „Die heute, den 18. August, im großen Feierlingssaale tagende, von 188 tariftreuen Gehilfen besuchte Ortsvereinsversammlung nimmt das vom Gausvorsitzer Lindenlaub erstattete Referat über die auf der Gausvorsitzerkonferenz gefaßten Beschlüsse mit Dank entgegen und erklärt sich mit den gestellten Anträgen zur Tarifrevision einverstanden; bekräftigt dieselben aber als Mindestforderung und erucht die Gehilfenvertreter, mit aller Kraft dafür einzutreten. Diejenigen Anträge der Gehilfenschaft, welche bei der Sondierung unter den Tisch fielen und zum Teil redaktioneller Natur sind, sollen dem Tarifamte als Material für den Kommentar überwiesen werden.“

P. S. Sautau. (Monatsversammlung am 10. August.) Dieselbe tagte im Zeichen des Bierbockottes. Jedoch nicht so wässrig wie die Erfurter Versammlung, sondern hier war etwas „Kuppelmo“ dazwischen. Die Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um Angelegenheiten lokaler Natur, und soll der Zweck dieser Zeilen der sein, die Kollegen von auswärts darauf aufmerksam zu machen, bei etwaigen Konditionsangeboten nach hier, nie zu verfehlen, vorher Erfindungen einzuhängen. Es sind verschiedene Klagen laut geworden, doch ist es zunächst Sache der hiesigen Kollegen, Remedur zu schaffen. Bemerkte ich noch, daß es sehr empfehlenswert ist, auf die Tagesordnung der einzelnen Ortsversammlungen den Punkt: Bericht der Vertrauensleute, zu setzen. Es wird dadurch manches krumme Lelbel aufgedeckt und durch rasches Einschreiten im Keime erstickt. Am Schlusse erfolgte noch eine kurze Mahnung von Seiten unsers Kassierers, auszuharren im Boykotte sämtlichen Bieres, bis sich der Brauereiverein dazu bequemt, die ihm zugeachtete Brausteuern selbst zu tragen.

Wbg. Königsberg. Am 12. August tagte in Elbing die Hauptversammlung des Vereins ost- und westpreussischer Buchdruckermeister, welche von 18 stimmberechtigten Mitgliedern besucht war. Nach mehr als einstündiger lebhafter Debatte wurde mit der sachungsmäßig vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit von zwölf gegen fünf Stimmen und einer Stimmenthaltung die Auflösung des Vereins beschlossen. Hierdurch wird dem „Ostdeutschen Anzeiger“, gedruckt von Scheffler in Wehlau, die Bezeichnung „Amtliches Publikationsorgan des Vereins der ost- und westpreussischen Buchdruckermeister“ entzogen. Der „Ostdeutsche Anzeiger“ hat zu wiederholten Malen die Tarifgemeinschaft in der höchsten Weise bekämpft; herrschte doch in dieser Offizin die denkbar traurigsten Verhältnisse. Neben einer großen Anzahl Beschäftigten werden auch Mädchen als Seherinnen ausgebildet. Die Bezahlung der Gehilfen ist weit unter Tarif. Infolge der Auflösung des Vereins der ost- und westpreussischen Buchdruckermeister hegen wir die Hoffnung, daß es nunmehr gelingen wird, auch diejenigen Prinzipale zur Tarifgemeinschaft zu gewinnen, welche den Tarif aus irgend einem Grunde noch nicht haben schriftlich anerkennen wollen.

Kottbus. In der Versammlung des Ortsvereins am 17. August erstattete der Vorsitzende Bed Bericht über die am 12. August abgehaltene Versammlung der tariftreuen Gehilfen des VIII. Kreises und die nachfolgende Versammlung des Berliner Vereins. Das Referat bildete

eine interessante Ergänzung zu dem bereits erschienenen „Korr.“-Berichte. Nachdem der Redner die gehilfenseitigen Anträge zum Tarife einer eingehenden Besprechung unterzogen hatte, schilderte er der Versammlung, wie der Bündler Hoffack erst im „Zpp.“ unsern Verband in gemeiner Weise beschimpft und denunziert habe, am 12. August aber den traurigen Mut hatte, auf das Podium zu steigen, und uns die schmutzbestechte „Bruderhand“ anzuheften. Redner habe sich beim Auftreten gerade dieses Bundeshelden eines Gefühls des Efels nicht erwehren können. Kollege Bed schilderte nunmehr den Verlauf der Berliner Vereinsversammlung, in welcher Kollege Massini den Organisationsvertragsentwurf behandelte. Mit regem Interesse folgte die Versammlung diesem Berichte, um so mehr, als in ihm ganz neue Gedanken zum Ausdruck gebracht wurden. Leider stand der Besuch der Versammlung in seinem Verhältnisse zu der Wichtigkeit der Tagesung. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde ein Leitartikel der „Märkischen Volksstimme“, welcher sich mit dem Protokolle der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände beschäftigte, besprochen. Die „Märkische Volksstimme“ vergleicht das Verhältnis zwischen politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung mit einer Ehe, bei der die politische Partei den männlichen, die Gewerkschaften den weiblichen Teil bildet. Der Partei sei stets die Rolle des „stärkeren“ Geschlechtes zugefallen, während man in der Gewerkschaftsbewegung alle jene Tugenden sich entwickeln sah, die den Wert des Weibes ausmachen: den praktischen Sinn, die oft bis zur Angstlichkeit ausartende Sorge um das Erworbene, die Neigung zum Ausweichen, wenn Gefahren drohen, die unermüdbliche Geduld — aber auch das eiserstichtige und übrigen vollberechtigte Verlangen nach Gleichberechtigung, das vom stärkern Teile allzu leicht und gar zu gern ignoriert werde usw. Die Versammlung konnte sich — mit einer Ausnahme — mit diesen Ausführungen der „Märkischen Volksstimme“ nicht befremden, sprach sich vielmehr dahin aus, daß die Gewerkschaftsbewegung, insbesondere unser Verband, selbständig und parteipolitisch neutral bleiben müsse. Der Vergleich der „Märkischen Volksstimme“ hinkt. Die Rolle, welche sie hier den Gewerkschaften zuweist, müssen wir zurückweisen. Zum Schlusse dieser Angelegenheit wurde der Wunsch geäußert, des öftern auf die Tagesordnung der Versammlungen Referate mit aktuellen und die jungen Mitglieder weiterbildenden Thematika zu bringen. Diesem Wunsche wird der Vorstand Rechnung tragen.

Magdeburg. Die Gefahrung hat gelehrt, daß wenn es gilt, für unsre Organisation einzutreten, die Mitglieder auch auf dem Damme sind. Dies bewies erst wieder die am 19. August in „Richards Festhällen“ abgehaltene Versammlung. Eine solche Ortsvereinsversammlung ist hier noch nie gesehen worden, war doch zur festgesetzten Zeit der Saal bereits überfüllt; es müßten vielleicht 400 Kollegen anwesend gewesen sein. Auch aus dem umliegenden Druckort waren Kollegen erschienen. Nachdem die „Gesellschaftlichen Mitteilungen“ ohne nennenswerte Diskussion erledigt, richtete der Vorsitzende einige Abschiedsworte an den Kollegen Gebert aus Unlaf seines Abganges vom Berufe durch die Ernennung zum städtischen Arbeitsnachweisverwalter. Er sprach ihm für seine allzeit uneigennütige Indienststellung für unsre Organisation die Anerkennung des Ortsvereins aus, worauf Kollege Gebert mit kurzen Worten hierfür dankte. Nunmehr erhielt Kollege Herwig das Wort zu seinem Referate: „Die Magdeburger Buchdrucker und die bevorstehende Tarifrevision.“ Mit größerer Spannung ist wohl selten einem Referate entgegengegangen worden. Kollege Herwig hat es denn auch verstanden, die Zuhörer in seinem einfindigen Referate auf das äußerste zu fesseln. Nicht zu zügelnde Heiterkeit erweckte es, als der Redner den in der letzten Nummer des „Typograph“ ausgestoßenen Schmerzschrei: „Die Entrechtung der Nichtverbandsbuchdrucker“, verlas. Mit den Ausführungen des Referenten erklärte sich die Versammlung einverstanden, was sie in folgender, einstimmig angenommenen Resolution kundgab: „Die am 19. August in „Richards Festhällen“ tagende Versammlung des Ortsvereins Magdeburg erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Herwig in betreff der zur Tarifrevision gehilfenseitig zu stellenden Anträge einverstanden; gleichgültig erklärt sie sich bereit, gegebenenfalls für die Durchführung dieser Anträge mit voller Energie einzutreten. Sie erwartet ferner, daß das nach den Beratungen des Tarifausschusses zusammengetretene Kreisamt des Tarifkreises VI einen den Leuerungsverhältnissen in Magdeburg entsprechenden Sozialzuschlag festsetzt, dessen Höhepunkt nicht unter 15 Proz. in Zukunft betragen darf. Die Magdeburger Kollegenchaft wird auch diese Forderung mit Nachdruck zur Durchführung zu bringen wissen.“ Kollege Pietzchner referierte hierauf über die Einhaltung der Bundesratsvorschriften in den Magdeburger Buchdruckereien. Das Material über die Mängel, die hier und dort laut Fragebogen noch zutage getreten sind, ist dem Fabrikinspektor übergeben, und hat dieser versprochen, bei den demnächst stattfindenden Revisionen das Geforderliche zu veranlassen. Im übrigen richtete Redner an die Kollegen die Mahnung, in dieser Beziehung etwas selbständiger zu handeln. Den Bericht vom Gewerkschafts-tarife gab Kollege Frahnert. Hierbei ist zu bemerken, daß der Vorstand im Einverständnisse mit der Versammlung der Ansicht ist, daß betreffs des Streites in der Sozialfrage mit dem hiesigen Kartelle die Ansicht der Generalkommission eingeholt werden soll und hiervon weitere Maßnahmen abhängig gemacht werden. Diese Sache löste noch eine sogenannte Neutralitätsdebatte aus, wobei die Gegner aber nicht auf ihre Kosten gekommen sind. Das Stiftungsfest wird am 8. September im

„Ruisenpar“ abgehalten. Unter „Verschiedenes“ richtete Kollege Schulte an die Versammlung die Bitte, recht kräftig zur Gewinnung neuer Mitglieder für den Graphischen Gesangsverein zu wirken. Sodann wies der Vorsitzende darauf hin, daß sämtliche in Buchdruckereien bestehende Arbeitsordnungen im Bureau abzugeben seien, um festzustellen, inwieweit diese mit unserm Tarife kollidieren. Betreffs des hiesigen Bierkrieges und des Boykottes, welcher über den „Kristallpalast“ und die „Nationalfesthalle“ verhängt ist, wird erwartet, daß sich die Kollegen streng nach den von der Arbeiterchaft gefaßten Beschlüssen richten. Hierzu wurde die in allen Teilen imponant verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf unsern Verband geschlossen.

Rundschau.

An unsere Kollegen richten wir die Bitte, die der heutigen Nummer beiliegende Flugschrift der Generalkommission der Gewerkschaften in jenen Arbeiterkreisen mit verbreiten zu helfen, wo sie ihren Zweck erfüllen soll.

Ferien! Die Zeitung des „Echo am Niederrhein“, G. m. b. H. in Duisburg, hat ihrem Personale nach länger als dreijähriger Geschäftstätigkeit zwei und nach mehr als fünfjähriger drei Tage Urlaub bewilligt.

Der in Nr. 98 gemeldete Streit in der Druckerei Konradleber in Sankt Leonhard bei Nürnberg ist durch Anerkennung des Tarifes erledigt. Die Firma leber ist schon mehrmals aus dem Tarifverzeichnis gestrichen worden, weil sie es mit der Einhaltung des Tarifes nicht genau nahm. Der jetzige Konflikt wird jedenfalls eine einbringliche Warnung für sie sein.

Zu den neuen Freunden des Gutenbergbundes zählt insbesondere die Stöcker'sche Zeitung „Das Reich“. Fast keine Nummer des „Typograph“ geht in die „weite“ Welt hinaus, ohne daß nicht das Stöcker'sche Organ dem immer mehr auf den Bund kommenden Gutenbergbunde seinen Segen spendet und dem „Korr.“, dem „Organe des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes“, vor Augen hält, wie nichts würdiger sein tun gegen den Gutenbergbund, „die an Mühseligern und Finanzkraft wachsende christlich-nationale Buchdruckerorganisation“, wie das „Reich“ sich dieser Tage so bildhüßig ausdrückt. Welcher Art das Wachstum dieser vor lauter christlicher Nächstenliebe den Arbeitsbruder von ihrem Bestehen an stets veratenden Organisation ist, zeigt die Korrespondenz aus Blauen in der nächsten Nummer. Und wie es mit der Finanzkraft des Bundes in Wirklichkeit aussieht, das ist im „Korr.“ schon oftmals dargelegt worden; durch den hohen Schein läßt sich vielleicht die dicke Freundschaft im „Reich“ täuschen, nicht aber Leute, die von weniger egoistischen Arbeitsbrüdern ihrer Arbeiterfreundlichkeit geleitet werden als die christlich-sozialen Männer, die im „Reich“ den Unsinns über den Gutenbergbund und die Persiflage über den Verband ablagnen. Stöcker ist bekanntlich der Oberführer der evangelischen Arbeitervereine, seine Schrittmacher heißen Bientzien Mumm und „Generalsekretär“ Behrens, jetzt zweiter Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. All diese Leute schätzen ehehem den Gutenbergbund so ein, wie er es wert war, und wie er heute noch im Gehilfen- und im Prinzipals-lager tagiert wird; von dem Urteile der Arbeiterchaft, soweit sie nicht auf dem vielberufenen „christlichen“ Boden steht, ganz abgesehen. Eine Meinungsäußerung trat erst ein, als Behrens mit seiner Zerplitterungsstatistik einsetzte und ein christlich-nationales Gärtnerverbändchen gründete. Das fast um dieselbe Zeit aufkommende „Reich“ nahm sich alsbald des Gutenbergbundes als Beschützer an, und nun, je länger je kräftiger, ging die Kanonade gegen unsre Organisation los, die sozialdemokratisch versucht sein soll, während der Bund als ein Musterbild ernsthafter tariflicher und organisatorischer Arbeit gefeiert wird. Wer die eigentlichen Jelleneiker im „Reich“ sind, interessiert uns weniger, da die Tatsache feststeht, daß alle Matadore auf Seite der evangelischen Arbeitervereiner diesen Gesinnungswechsel vollzogen haben und damit sich selbst recht kräftig in das Heuchler-gesicht schlagen. Zum Beweise dafür, wie einst die Mumm, Behrens und Stöcker über den Braven Gutenbergbund gedacht haben, zitieren wir eine Ausslassung des „Evangelischen Arbeiterboten“, dessen Redakteur Behrens war und dessen Hauptmitarbeiter Bientzien Mumm jetzt noch ist. Dieses Urteil über den Gutenbergbund liegt zwar schon einige Jahre zurück, aber es paßt in die gegenwärtige Situation wunderbar gut. Das Wort des Bientzien Mumm schrieb also über den Bund: „Neben dem großen Verbanne der Buchdrucker Deutschlands besteht noch ein gutmütiger Gutenbergbund, der die sogenannten „blauen“ Buchdrucker umfaßt. Sein Bundesorgan, der „Typograph“, nennt sich bezeichnend „Zeitung der Nichtverbandsgehilfen“. Andere Leute werfen diesem Bunde Sonderblindelei vor, nennen ihn Streikbrecherverein, sehen in ihm eine Schädigung der Kollegialität und Solidarität in den Arbeiterinteressen. Wir erlauben uns darüber kein Urteil. Aber gerade solche in den Arbeiterkreisen vertriebenen Nichtungen recht inoffiziell angesehenen Arbeiterbünd“ sollte ja haben, von den christlichen Arbeitervereinen zu schreiben: „Man will durch derartige Gründungen die Arbeiter nur von ihrem eigentlichen Ziele ablenken, denn ein Arbeiter kann ein aufrechter Katholik oder Protestant sein, er wird aber, sobald er von dem Geiste der Solidarität, der Kollegialität durchdrungen ist, immer nur auf Seite der Arbeiter stehen“ (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 100.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 28. August 1906.

Anzeigen kosten: die Nonpareillezeile 25 Pf.;
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

44. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

und mit diesen halten, sobald Existenzfragen ins Spiel kommen, was aber in den Augen der leitenden Persönlichkeiten schon gleichbedeutend mit Zuneigung zur Sozialdemokratie ist. Die Behauptung, daß die christlichen Arbeitervereine die Arbeiter von ihrem eigentlichen Ziele ablenken sollen, ist ein wenig unversiforen, aber wir nehmen sie gern hin, denn der „Typograph“ macht sich als Lobredner der Solidarität und Kollegialität zu wunder schön! Zu antworten die Hintermänner des „Reich“ zu einer Zeit, wo der Gutenbergsbund noch nicht offiziell von dem Tarifauschusse als eine tarifuntreue Organisation klassifiziert worden war, nämlich einige Monate vor den Tarifverhandlungen von 1901. Die jetzigen Beschüßler des Bundes urteilten damals also auf Grund eigener Wahrnehmungen so vernünftig über die Arbeitswilligenkohlorte in unserm Gewerbe. Zeitlich fällt diese Charakterisierung mit dem Prozesse des Gutenbergsbundes gegen August Brüst, den ehemaligen Vorsitzenden des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, zusammen, der bekanntermaßen — und zwar ebenfalls mit vollem Rechte — den Bund einen Streikbrecherverein genannt hatte. Diese übereinstimmende Bewertung des Gutenbergsbundes in beiden Lagern der sich christlich nennenden Arbeiterschaft ist jedenfalls sehr bezeichnend, nicht minder aber auch die damalige Stellungnahme des Gutenbergsbundes zu den christlichen Arbeitervereinen. Wenn der „Typograph“ zu der Zeit erklärte, „durch derartige Gründungen würden die Arbeiter nur von ihrem eigentlichen Ziele abgelenkt“, so vertrat er damit nur eine Überzeugung, die stets im „Korr.“ ihren Ausdruck fand und von uns auch unentwegt geteilt werden wird. Und wenn weiter der „Typograph“ darüber Klage führte, daß die Betätigung des Geistes der Solidarität und der Kollegialität „in den Augen der leitenden Persönlichkeiten (auf christlicher Seite. Red.) schon gleichbedeutend mit Zuneigung zur Sozialdemokratie ist“, so sprach er damit nur eine Wahrheit aus. Denn heute macht man ja aus denselben Gründern heraus, die der „Typograph“ kennzeichnete, dem Verbande der Vorwurf der sozialdemokratischen Tendenz und nennt unsere Organisation im „Reich“, und wo die evangelischen Arbeitervereinsgrößen sowie die Obergewerkschaftschriften sonst noch über uns herfallen, schlantweg den sozialdemokratischen Buchdrucker-Verband. Jetzt ist nur insofern eine Veränderung eingetreten, als die Bündler mitant ihrem „Typograph“ in daselbe Horn tuten, ohne daß sich in unserer Organisation die geringste Veränderung gegen damals vollzogen hätte. Deshalb ist es jedenfalls sehr angebracht, die einst so feindlichen und jetzt in widernatürlicher Freundschaft machenden Brüder in Christo in ihren gegenseitigen Absonterungen von damals gegenüberzustellen. Das sich bietende Bild ist sicherlich für jeden denkfähigen Menschen dermaßen anziehend, daß alles Bravo klatschen muß, wenn die neuen Freunde des Gutenbergsbundes Lobeshymnen über die einst so verspottete Dredgeburt anstimmen.

Herr Lizenziat Reinhard Mumm, der in dem „Evangelischen Arbeitervereinsboten“ vielleicht höchstselbst von dem Gutenbergsbunde als von einem „in den Arbeiterkreisen der verschiedensten Richtungen recht mißtrauisch angesehenen Arbeiterbunde“ sprach und denselben als Lobredner der Solidarität und Kollegialität „zu wunder schön“ fand, hat sich in der in Barmen erscheinenden „Volkszeitung für Westdeutschland“ mit voller Namensunterchrift einen Artikel „Die Tarifreform im Buchdruckergerber“ geleistet, der diesen Mann als vom Gutenbergsbunde zur Strecke gebracht zeigt. Da ist allerdings von der so lange zur Schau getragenen Sympathie für unsere Organisation, die so weit ging, daß Mumm eine Ordnungsdeforierung für unsern Richard Härtel verlangte, nichts rein gar nichts mehr zu merken. Der Mann haßt den Verband und überschüttet das Häuflein der Gutenbergsbündler, deren streikbrecherische Hebelitäten seit dreizehn Jahren recht häßliche Blätter in der Geschichte der deutschen Buchdrucker bilden, mit unbegrenzter Hochachtung.

Durch die Kettire von Reghäusers „Korr.“ irreführt, hat Mumm zu seinem großen Bedauern dem Gutenbergsbunde Jahre hindurch recht geringe Sympathien entgegengebracht. Dieses an einer Sonderblindelei begangene Unrecht will anscheinend der Herr Mumm nun schnellstens und nachdrücklich wieder gut machen. Daß er den Vorwurf des Streikbrecherturnes gegen den Gutenbergsbund jetzt ungerecht findet, nachdem mangels passender Gelegenheiten der eble Bund seltener in die Lage kommt, seinem Daseinszwecke gerecht zu werden, ist eine Versicherung, mit der man allenfalls Dumme fangen kann. Mit der weiteren Versicherung: „Ich habe mich aber in den letzten Monaten eingehend genug mit der Stellung des Gutenbergsbundes in der Arbeiterbewegung im allgemeinen und zur Tariffrage im besondern beschäftigt, um das Urteil abgeben zu können, daß derselbe gegenwärtig durchaus gewillt ist, im Sinne der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Arbeiterorganisation zu sein,

und daß derselbe nichts mehr erstrebt, wie als tariftreu anerkannt zu werden, und gewillt ist, danach zu handeln“, kann der Lizenziat Mumm wahrlich auch niemand täuschen als die langjährigen Bündler vielleicht. Denn in M.-Glabach ist man trotz des in der Öffentlichkeit gezeigten Scheines auf den Gutenbergsbund herzlich schlecht zu sprechen, weil die Ruhmestaten der illustren Gemeinde des alten Ehrenmannes Jllig dort genauer verfolgt worden sind wie von dem schwanenden Rohre Mumm. Ueberdies stehen die Behauptungen Mumm's in der „Volkszeitung für Westdeutschland“ mit noch vor kurzem von ihm gemachten Ausführungen — die früheren für den Gutenbergsbund so gravierenden im „Evangelischen Arbeiterboten“ wollen wir augenblicklich außer Betracht lassen — in Widerspruch. In Nr. 83 konnten wir mitteilen, daß Mumm den Gutenbergsbund einen bedeutenden Gewinn für die christlichen Gewerkschaften nennt. Derselbe habe im bittersten Kampfe seine Freiheit verteidigt: „Auf diesen Kampf, der niemals die Arbeiterinteressen außer acht ließ, könne man nur mit Bewunderung schauen.“ Das war vor vier Wochen, wo es hieß, der Bund habe niemals die Arbeiterinteressen außer acht gelassen. Jetzt sagt Mumm, er habe sich in den letzten Monaten eingehend mit dem Bunde beschäftigt und gefunden, daß derselbe gegenwärtig sich der Vertretung der Arbeiterinteressen befleißigen will. Die Konsequenz dieser Behauptung ist doch einfach die, daß der Gutenbergsbund bis jetzt nicht in diesem Sinne sich betätigt hat, wodurch auch die vorgeführte Irreführung durch den „Korr.“ aller Wahrscheinlichkeit entkleidet wird. Uebrigens ist das auch ein recht beschämendes Zeugnis von der Urteilsfähigkeit eines Mannes mit der Bildung und in der Stellung von Mumm! Wenn unser gewesener „Gönner“ und ehemaliger Bekämpfer des Gutenbergsbundes in dem Abschlusse von Organisation zu Organisation mit einem bis zu einem bestimmten Grade statuierten Organisationszwange, nicht mehr und nicht minder als ein nationales Unglück“ sieht und den „Zwang für alle deutschen Buchdrucker, dem sozialdemokratischen Verbande, beizutreten, als ein gleiches Unglück wie etwa eine sozialdemokratische Organisation der Eisenbahner oder Postbeamten“ betrachtet, und in letzter Stunde auf diese „nationale Gefahr“, in welche die Unternehmer und die Arbeiter des Buchdruckergerberes das arme deutsche Volk zu reihen drohen, mit warnender Stimme aufmerksam macht, so kann man nur hell aufpassen über den Eifer dieses furchtsamen Mannes für eine Sache, die tatsächlich faul und unmoralisch ist, nämlich der Gutenbergsbund, der längst jede Rücksichtnahme verwirft hat und durch die Streikbrecherdienste bei den Tarifbrechern Wuttrud und Wolf in Wittenberg sowie seine erbärmlichen Unsolidarität bei Reihmann-Grone in Essen erst in den Mummischen letzten Monaten wieder dargetan hat, daß er sein Programm der Arbeitswilligkeit und des Tarifbruches fortzusetzen gewillt ist, wenn sich nur Gelegenheit dazu bietet. Mit Entrüstung müssen aber Ausführungen aufgenommen werden wie diese: „Alle geistigen Bewegungen sind heute auf den Buchdruck angewiesen; in Zeiten schärfster sozialer Spannung oder nationaler Gefahren kann das Erscheinen oder Nichterscheinen von Drucksachen von höchster Bedeutung für das staatliche Leben werden. Schon in den Zeiten der Parteikämpfe, etwa bei den Reichstagswahlen, ist die Frage, ob man eine Buchdruckerpresse unbedingt zur Verfügung hat oder nicht, von großer Bedeutung für den Wahlkampf.“ Mumm deutet hier noch verblümt an, daß wenn der neue Tarifabschluß in der von ihm befürchteten Weise zustande kommt, eines Tages alle Räder stillstehen könnten, weil es das sozialdemokratische Parteinteresse der Buchdrucker und der Arbeiterschaft erfordert. Wenn Herr Mumm sein Augenmerk nicht ganz und gar auf den „Typograph“ konzentriert hat, dann müßte er wissen, daß der „Korr.“ im letzten Winter im Hinblick auf einen Buchdruckerstreik in Budapest mit ähnelndem Hintergrunde sich entschieden gegen ein solches Vorgehen ausgesprochen hat mit dem besondern Hervorheben, daß ungeleitet die Buchdrucker dann auch ihre Dienste verweigern müßten, wenn es sich um Angriffe auf ihre Organisation und Beschimpfungen ihrer Führer von der sozialdemokratischen Parteipresse handeln würde, woran es, wie wohl männiglich bekannt, noch niemals und in dem letzten Jahrzehnte besonders nicht gemangelt hat. Eine direkte Gemeinheit von Mumm ist aber die folgende Unterfchiebung: „Es wird mir schon gegenwärtig versichert, daß wichtige parteipolitische Drucksachen in großen Druckereien nur einigen Sägern gegeben werden können, weil man in andern Fällen eine sofortige Bekanntgabe an die sozialdemokratische Presse erwartet.“ Einer solchen Erbärmlichkeit hätten wir diesen Christenmenschen, der einst für den Verband so weg war, daß er sogar die drei Treppen zu unserer Redaktion verschleierte Male erklimmte, denn doch nicht für fähig gehalten. Das ist um so mehr eine ungeheuerliche Verächtung, als die

Buchdrucker mit den Gepflogenheiten der Presse durch ihre Tätigkeit dermaßen vertraut sind, daß auch sie denselben hohen Begriff von dem Berufs- bzw. Geschäftsgeheimnisse haben als die Journalisten, die eigentlichen Männer der Presse. Schon mancher unserer Kollegen ist dem Zeugnisszwange ausgelegt gewesen und hat seinen Mann gestanden. Und wenn es noch eines weiteren Gegenbeweises für den die Buchdrucker so maßlos beschimpfenden Herrn Mumm bedarf, dann wollen wir betonen, daß gerade in den Blättern, welche die Arbeiterschaft auf das heftigste bekämpfen, fast durchweg nur Verbandsmitglieder beschäftigt werden und nicht das geringste Moment aufgetaucht ist, das Mumm's Beschuldigung irgenwie stützen könnte. Im Gegenteil, in solchen Druckereien herrschen ausnahmslos gegenseitig die besten Verhältnisse. Den in die Form einer Denunziation gekleideten Satz: „Aber wie kann man dem Staate zumuten, das Seine dazu zu tun oder nur ruhig zuzusehen, daß im Buchdruckergerber alle Angestellten gezwungen werden, sich der gewerkschaftlichen Sozialdemokratie anzuschließen!“ nehmen wir weniger tragisch, denn er besagt Unsinniges. Erst aus den letzten Tagen liegt ein Berliner Gerichtskenntnis vor, das für die Mummischen Heulmeiereien über Terrorismus einen Reinsfall bedeutet. Auf einem Bau legten die Maurer die Arbeit nieder, weil sie mit den Christlichen nicht zusammenarbeiten wollten, worauf der Polizei die letzteren entließ, um der Betrieb weiter gehen lassen zu können. Die von den Christlichen erstattete Anzeige auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung endete aber mit Freisprechung. In seiner Begründung hierzu sagte das Gericht: „Die gemeinsame Arbeitseinstellung der Verbändler sei ihr gutes Recht, dafür könnten sie nicht zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden. Drohungen gegen die Christlichen seien den Angeklagten nicht nachgewiesen worden. Die Bedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit könnten sie nach ihrem freien Ermessen aufstellen.“ Was jetzt ist unseries ein solches Preffionsmittel noch nicht angewandt worden; wie die Dinge rechtlich liegen, müßte aber der Staat gegebenenfalls solchen Beginnen, ruhig zusehen. Die Wünsche des Herrn Mumm in der „Volkszeitung für Westdeutschland“ gegen unsere Organisation stellen also selbst in unser durch die Verdrückheiten eines Riesche-Menschen wie Tille an vieles gewöhnten Zeit etwas Unvorordentliches an schlimmen Verdrückungen und schändlicher Denunziation dar, und wenn eine derartige Kampfesmethode im Interesse eines moralisch minderwertigen Häufleins Abtrünniger etwa im Namen der christlich-nationalen Gesinnung geschieht, dann pfeifen wir auf ein solches Christentum wirklich recht kräftig.

Die Mieselöhne der Buchdrucker“ überschreibt der „Vorwärts“-Redakteur Wilhelm Diwiewell einen Artikel von 170 Zeilen, der eine Erwiderung auf unsere diesem Gewerkschaftskritiker absonderlichster Verdrücktheit in Nr. 95 zuteil gewordene Zurechtweisung sein soll. Mit weniger demagogischen Kniffen wollen wir dem Herrn Diwiewell erklären, daß seine jetzige tenbenzige Wache gegen die Buchdrucker — der auch in einer Berliner Parteiversammlung in verurteilendem Sinne Erwähnung in Nr. 186 des „Vorw.“ folgende Mißkreditierung der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker gelesen und auch von unserer Entgegnung in Nr. 95 des „Korr.“ Kenntnis hat, kann mit gutem Gewissen nicht dem beipflichten, was in verschlimmerter Form Diwiewell nun als Entgegnung auf den „Korr.“ verzapft. Es ist gewiß ein starkes Stild von D. und kennzeichnet die unter dem neuen Regime im „Vorw.“ übliche Weise der Polemik, wenn er durch seine gewalttätigen Verdrückungen die Buchdrucker als die schlechtest bezahlten Arbeiter aufmarschieren läßt, um dann in seiner Erwiderung zu sagen, der „Korr.“ habe die Löhne der Buchdrucker herausgeschrien, wie es sonst nur in der „Deutschen Arbeiterbewegung“ oder in Unternehmernorganen der Fall ist. Damit diese Behauptung in Diwiewells Sinne beweissträftig wird, bricht er noch fünfmal über den „Korr.“ als einem Unternehmernorganen den Stab. Das ist nun nicht allein Demagogie, sondern auch Infamie. Nämlich der „sozialdemokratische Volkswirt“ fordert uns erst heraus und nennt dann unsere Korrektur an seinen mit den Tatsachen erheblich kollidierenden Behauptungen eine im Unternehmerninteresse liegende Beweisführung dafür, wie glänzend die Lage der Buchdruckergerber ist. Und mit solcher trauriger Wache, die noch dadurch charakterisiert wird, daß Diwiewell von unsrer pointierten Äußerung, daß wir die Löhne der Buchdrucker im allgemeinen für zu niedrig halten, nichts in seiner Zitierung unsrer Notiz aus Nr. 95 verrät, vielmehr von dieser getridenden Bemerkung erst gegen den Schlusse seines Artikels etwas durchblicken läßt, will uns nun Herr Diwiewell den Lehm des „Korr.“ als Unternehmernfölschlinge kennzeichnen. Es ist fürwahr traurig, wenn die neuen Herren im „Vorw.“ zu solchen Mitteln greifen müssen

L. G. Schmidt

um ihre wahren Herzensneigungen für die Gewerkschaften und die Buchdrucker im Besonderen zu verschleiern. Der als Gewerkschaftskritiker in der „Neuen Zeit“ und einigen bekannten Parteiorganen der radikalsten Kolonne irrlüchternde Herr Düwelle hat es als Entgelt für den Spott und Hohn, mit dem die Gewerkschaftspresse seine Expektorationen so reichlich überhäufte, gewiß verdient, daß nach der großen Xempelreinigung im „Borm.“ das Auge der Verurteilten auch auf ihn fiel, aber damit hat er doch noch nicht das Recht erwirkt, die Leser des „Borm.“ über den wirklichen Sachverhalt einer von ihm behandelten Materie zu täuschen, wie er es in bezug auf die Lohnverhältnisse im Buchdruckgewerbe getan. Auch nicht die Befugnis zu der Unterstellung, wir hätten, als wir auf eine vor 2 1/2 Jahren veröffentlichte Statistik über die Lohnverhältnisse der Buchdrucker in unserer Entgegnung verwiesen, dasselbe getan, was Unternehmerorgane schönfärberei zu tun pflegen. Wenn es darauf ankommt, zu untersuchen, was dem Unternehmertum Wasser auf die Mühlen liefert, und in welchem Maße die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ einen Stützpunkt für ihre Unwürde gegen die Arbeiterzeitung findet — die historisch-ökonomische Redaktion des „Borm.“ käme gewiß recht schlecht dabei fort! Denn wo hat der Chefredakteur der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ in seiner berüchtigten Broschüre „Ca'canny“, die den Arbeitern vorwirft: „Die Leute dürfen nicht ihre volle Arbeitskraft hergeben...“ Aber wenn man natürlich allgemein wünscht, den vollen Tagelohn zu erhalten, so besteht auf der anderen Seite eine ebenso große Abneigung unter den Anhängern der Gewerkschaftsbewegung, für diesen vollen Tagelohn auch volle Tagesarbeit zu leisten. Ein Mann wird vielleicht für zehn Stunden Arbeit entlohnt, aber er möchte dafür nur ein Quantum Arbeit leisten, welches auch in acht Stunden zu bewältigen wäre; beträgt seine Arbeitszeit nur acht Stunden, so will er nur das leisten, was er auch in sechs Stunden leisten könnte usw. Es läuft insofern auf überlegten Betrug hinaus, als ein Mann seine ganze Fähigkeit und Arbeitskraft gegen eine bestimmte Entlohnung einzusetzen verspricht und alsdann nur die Hälfte davon hergibt, wofür v. Reisswig von der gesamten Parteipresse auf das heftigste angegriffen wurde, seine Eideshelfer gefunden? In der neuen Redaktion des „Borm.“! Diese schrieb kurze Zeit nach ihrer Zusammenkunft den „denkwürdigen“ Satz: „Der Lohnarbeiter verkauft seine Arbeitskraft, um davon zu leben. Die Hauptsache ist für ihn der Lohn, die Arbeit ist ihm Nebensache. Er hätte er den Lohn ohne Arbeit, würde er nichts dagegen einzusetzen haben.“ Also nicht der „Korr.“ könnte, um mit Düwelle zu reden, als Unternehmerorgan angesehen werden, sondern der „Vorwärts“, das Zentralorgan für die sozialdemokratische Partei Deutschlands! Nach dieser nur ungern vorgenommenen Feststellung zu einer anderen, die wir auch nur gezwungen, aus „gezwungen durch die plumpen Angriffe und Verdrehungen gerade bei Beginn der Tarifkampagne. Düwelle bleibt nämlich bei seiner Behauptung stehen, daß die Buchdrucker nach der Berufsgenossenschaftsstatistik — NB. der Düwelle! — einen sehr minimalen Durchschnittslohn aufzuweisen haben und triumphiert dann, daß wir seiner Behauptung von 1250 Mtl. Jahreseinkommen als mittlere Linie nichts entgegensetzen wüßten. O doch! Nach unserer Berechnung auf Grund der Tarifamtsstatistik

von 1903 kommt nämlich ein durchschnittliches Jahres-einkommen von 1341,08 Mtl. für Buchdrucker heraus. Diese Summe ist, wie bei Nachprüfung unserer Aufstellung uns mehrfach versichert wurde, eher zu niedrig denn zu hoch. Sie kann auch nicht durch die in unserm Verufe herrschende Arbeitslosigkeit tangiert werden, denn die große Zahl der nicht von der Statistik erfaßten Personen haben wir einfach als arbeitslos außer Ansatz gelassen. Düwelle meint auch, die Durchschnittslöhne bei den Buchdruckern würden „weiter günstig beeinflusst durch die verhältnismäßig große Zahl der ebenfalls versicherten Unternehmer und Beamten.“ Auch diese Behauptung zeigt den „sozialdemokratischen Volkswirt“ Düwelle wieder auf seiner ganzen Höhe. Nehmen wir das von Düwelle herangezogene Jahr 1903, so finden wir laut Jahresbericht der Buchdruckerberufsgenossenschaft, daß diese verhältnismäßig große Zahl gerade 0,0020 Proz. der versicherten Personen ausmacht! Nach dieser, wie gesagt, nur höchst ungern unternommenen Fiktion des Gegenbeweises noch eine Schlussbemerkung. Düwelle nennt unsere Feststellung, er habe in der Parteipresse einmal erklärt, die fortgesetzten Lohnerhöhungen bedeuten eine nicht zu übersehende Gefahr für die Allgemeinheit, als Schwindel und beweislose Verdächtigung. Nun wir fragen Herrn Düwelle, wer anfangs vorigen Jahres in der „Leipziger Volkszeitung“ den Satz geschrieben hat: „Es ist ein Grundrirtum, anzunehmen, jede Lohnerhöhung bedeute einen entsprechenden allgemeinen sozialen Fortschritt. Im Gegenteil kann die Einkommenssteigerung für einen Verfall eine wirtschaftliche Schädigung der Gesamtheit einschließen.“ Nehmen wir an, das Kohlenmagnumtum läßt eine Lohnerhöhung für die Gesamtbelegschaft in Summe von 50 Millionen Mark eintreten, gleichzeitig wird eine Preissteigerung vorgenommen, die eine Mehrbelastung der Konsumenten um 100 Millionen Mark ausmacht, so hat die Bergarbeiterchaft zwar 50 Millionen Mark nominell gewonnen, die Gesamtheit hat aber trotzdem 50 Millionen Mark auf dem kapitalistischen Altare opfern müssen.“ Und weiß Düwelle nicht, daß es kein geringerer als Kautsky war, der in einem Diskurs gegen Calver in der „Neuen Zeit“ diesen unsinnigen Standpunkt gründlich abtat, mit folgenden Ausführungen: „Über heute schon müßte diese Kapitulation... vor bürgerlicher Vulgarökonomie auf den gewerkschaftlichen Kampf, ja auf jede Betätigung proletarischer Macht lähmend einwirken, wenn die (se) Anschauungen... Geltung gewannen. Denn ihre logische Konsequenz ist die, daß die Arbeiter bei jeder Lohnerhöhung, jeder Herabsetzung der Arbeitszeit auch heute schon sich ängstlich fragen müßten, ob sie nicht den Profit oder die Konkurrenzfähigkeit ihrer Unternehmer dadurch beeinträchtigen, was diese ja stets mit großer Empfange versichern.“ Schon vor hundertdreißig Jahren erklärte Adam Smith: „Unsere Kaufleute und Unternehmer klagen lebhaft über die schlimmen Wirkungen der Lohnerhöhungen, die die Preise erhöhen und dadurch den Absatz ihrer Waren im Inland und Ausland verringern. Sie sagen nichts über die schlimmen Wirkungen hoher Profite. Sie schweigen über die verberblichen Wirkungen ihrer eignen Gewinne. Sie beschweren sich bloß über die anderen Leute.“ Vier Jahrzehnte später bewies Ricardo, daß Lohnerhöhungen nicht notwendigerweise Preissteigerungen nach sich ziehen müßten,

unter Umständen sogar Preisentfaltungen hervorrufen könnten. Aber freilich, wer wird sich mit langweiligen theoretischen Dingen befassen und über den Zusammenhang zwischen Löhnen und Warenpreisen nachdenken!“ Es bleibt also dabei: Düwelle hat in seiner mitschäftlichen Wochenüberlicht den Buchdruckern in einer für sie heißen Periode Saugtiefe verjagt und den Tatsachen Gewalt angetan; Düwelle hat in den fortgesetzten Lohnerhöhungen eine Gefahr für die Allgemeinheit erblickt; Düwelle hat weiter eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung in den allgemein vorgenommenen Beitragserhöhungen gesehen, und Düwelle hat in der „Neuen Zeit“ die Gewerkschaftstaktik der Buchdrucker — es bezieht sich dies ganz besonders auf den Standpunkt der Maschinenmeister in bezug auf das Bedienen der Maschinen — als echte Zunftmanier bezeichnet. Deshalb gilt für Düwelle und feinesgleichen die kürzlich von dem „Stettiner Volksboten“ ausgesprochene Meinung: „Die Art und Weise, wie einzelne Genossen in den Redaktionen usw. der Gewerkschaftsbewegung zu dienen glauben, ist tatsächlich so, daß die Gewerkschaften ausrufen können: Gott beschütze uns vor diesen „Freunden!“ In Leipzig streifen die Steinseger. — 1100 Hafenarbeiter sind in Stettin in den Ausstand getreten. — Die Elberfelder Konfektionsarbeiter haben nach sechsmonatlichem Kampfe gesiegt. — Die Siebenstundsbewegung der Steinbildhauer in Berlin verlief für dieselben erfolgreich.

Briefkasten.

R. R. in Gotha: „Genehmigen“ Sie Ihre Hasen in aller Ruhe weiter. Der Attentäter ist Kr. Febl. Gruß! — J. U. in M.-Glabach: Warum denn auf einmal „Herr“? Wenn auch die Berufung auf Gotha nicht zutrifft, weshalb aber solche Förmlichkeiten? — C. R. in Kiel: In einigen Tagen direkte Antwort. Besten Gruß! Kr. C. R. in Kiel: 4,05 Mtl.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 28, Chamissoplatz 5, III.

Arbeitslosenunterstützung.

Dillenburg-Herborn. Die durchgeführten Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß in Dillenburg und Herborn Biatium nur an Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte ausgegahlt wird.

Potsdam. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem auf der Reise befindlichen Seher Karl Teschke aus Konitz (Ostb.-Nr. 49548) 1,25 Mtl. abzuziehen und portofrei an Otto Hüttig, Mittelstraße 12, einzufenden.

Bersammlungskalender.

Breslau. Versammlung „Mittwoch“ bei 20. August, abends 8 Uhr, in „Kühler Strand der Oder“.

Dresden. Versammlung heute Dienstag den 28. August, im großen Saale des „Erionan“.

Duisburg. Maschinenmeisterversammlung heute Dienstag den 28. August, abends 8 1/2 Uhr, in Weidrich im Lokale C. Dries, Hambornstraße 8.

Hann. Bezirksversammlung Sonntag den 2. September, abends 2 Uhr, in Wilschburg im Gasthause „Zum Schiff“, Schilke.

Crepton-Baumhauung. Versammlung Sonnabend den 1. September, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Christ, Marien-talerstraße.

Nährigen Herren

die über ausgebreiteten Bekanntheit verfügen und die in oder neben ihrem Berufs-Gebiet haben, für eine alte deutsche Mithrasgesellschaft Feuer und Einbruchdiebstahlversicherungen zu vermitteln, wird Gelegenheit zu hohem Lebensverdienst geboten. Werte Off. unter D. L. 293 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Sichere Existenz finden ein oder zwei tüchtige, fachliche durch Kauf m. seit zehn Jahren best. rent., flott. Altkunden, m. Motorb. in Vorort Leipzig. Für Inventarpreis 15.000 Mtl.; 4000 Mtl. ev. zu 4 Proz. Leih. Umf. 12.000 Mtl. Meing. nach allen Nützigen 3000 Mtl. Werte Off. unt. L. A. 3468 an Hnd. Hoffe, Leipzig, erb.

Lüchtiger, tollider

Akridenfeher

welcher auch in Tabellen- und Informatikbe- bedient ist, findet per Anfang September angenehme und dauernde Stellung. Werte Offerten mit Zeugnissen an Hölle & Kaiser, Bornbirn (Bornberg).

Sofort gesucht: In dauernde Stellung ein pflichterfüllender, tüchtiger, in seinem Illustrations- rotationsdrucke erfahrener

Maschinenmeister

in größere Stadt Süddeutschlands. Prima Ref. erforderlich. Lohnfrage untergeordnet. Aus- sührliche Offerten erbeten unter B. 696 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Lüchtiger

Schweizerdegen

kann sich in kleinerer Stadt der Provinz Sachsen an alter Druckerei mit antilem Lokals- blatt beteiligen. Vollständig selbständige Stel- lung. Sichere Existenz. Spez. Offerten unter Nr. 693 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Lüchtiger

Stempelschneider

verlangt die Schriftgießerei Emil Gersfch, Berlin SW, Guckensaustraße 21.

Verleger: E. Döblin, Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willy Krahl in Leipzig. Geschäftsstelle: Salomonstraße 8. — Druck von Radelli & Hille in Leipzig.

Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Mittwoch der 29. August, abends punkt 9 Uhr, findet eine **Besichtigung der gewerblichen Anlagen des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“**

Meidenstraße 369, statt. Treffpunkt: Endstation der Zentralbahn (Worsfelde), 8 1/2 Uhr. Zu dieser Besichtigung sind auch unsere übrigen Kollegen dringend eingeladen, desgleichen machen wir unsere Namen auf diese Veranstaltung aufmerksam und bitten alle, recht zahlreich zu der Vorank.

Vulkanfeuer

für Gantschuhstempelfabrik gesucht.

H. Hermann Schulze, Berlin, Ritterstraße 49.

Stuttgarter graph. Versandhaus
St. Leibius, Gutenbergstr. 4
gegründet 1892. Telefon 470.

empfohlen sämtl. Buchdruckerei-utensilien, Setzerblusen, blaue Schutzanzüge, farb. Schmucksachen und Gantschuhstempel. Preisliste gratis und franko.

Kiel.

Öffentliche allgemeine Buchdrucker-versammlung

Sonnabend den 1. September, abends 8 1/2 Uhr, in den „Zentralhallen“, Altonaer Straße 8, Tages- ordnung: 1. Welche Aufgaben haben die Gewerkschaften in der modernen Arbeiterbewegung zu erfüllen? Referent: Kollege J. Kerschauer (Leipzig). 2. Freie Ausprägung. 3. Beschlüsse. (1905)

Die Kollegen der umliegenden Druckorte sind zu dieser Versammlung freundlichst ein- geladen. Der Einberuf.

Dresden Buchdruck- Masch.-Verein. Dresden

Monatsversammlung
Sonntag den 2. September, vormittags 11 Uhr: im Vereinslokale. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

NB. Mitte September beginnt ein mehrwöchent- licher Kursus über „Farbenharmonie“ unter Leitung des Herrn Kunstmalers Max Starke. Näheres in der Versammlung. (1907)

Rich. Augustin, Berlin
Oranienstraße 103, nahe der Lindenstraße. Saal (200 Personen). & Vereinszimmer. Mittags 60 Pf. mit Bier. Tel. Amt IV 5552.

Anhang zum Tarife!
à 13 Pf. einschließlich Porto

nach zu haben von Konrad Gidler, Leipzig, Salomonstr. 8.

Um vollständigen Schwierigkeiten aus dem Wege zu geben, wollen man alle für den „Korr.“ be- stimmten Geldsendungen nicht an die Geschäfts- stelle oder Expedition des „Korr.“, sondern an Konrad Gidler adressieren.

Verlag von Julius Mäser in Leipzig-R.

Kleinste deutsche Grammatik. 30 Pf.
Ayer, Organisation und Geschäftsbe- trieb des Deutschen Buchhandels. 25 Pf.
Richmond, Grammatik der Lithographie. 1 Mk.
Die Festtage des Buchdruckers. 1 Mk.
Lehrvertrag für Buchdruckerlehrlinge. (Nach der neuen Gewerbeordnung abgeändert.) Preis pro Exemplar 20 Pf., bei 5 Exemplaren à 15 Pf., bei 10 Exemplaren à 12 Pf.
Lehrbriefe für Buchdrucker. In künstle- rischer Ausführung. 2 Mk.
Gautschbriele auf Kunstdruckpapier. 1 Mk.
Porto und Verpackung (Rolle) 40 Pf.
Buchdruckerdiplom für Geschäfts- und Anzeigerpublikation. Entworfen von Prof. M. Knepper in Leipzig. 6,50 Mk.
Typographische Jahrbücher, lehrreichstes, bill., Buchdruckerfachblatt, ersh. monatl. Jedes 25 origi- nelle Druckmuster enthaltende Heft 50 Pf.

Am 9. August verstarb unser wertos Mitglied, der Druckerinvalid

Joseph Pfeiffer

aus Passau im 66. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft Passau.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaber: Clara v. v. Härtel)

Kohlgrabenstraße 48

liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Zugabeschriftliches Allerlei. Kurze Hinweise und Entwürfe für die Buchdruckerpraxis. Nach Aufzeichnungen und Erfahrungen be- arbeitet von E. Schwarz. Zweite durch- gesehene Auflage. 60 Pf.

Rührer, J. A. Univ.-Konversations-Lexikon. Neue Ausgabe. Geb. 5 Mtl.

Farbenlehre für Buchdrucker, von Mäser. Mit einem 18seitigen Farbenkreise und gegen 600 Farbenmischungen. Geb. 5 Mtl.

Druck von Radelli & Hille in Leipzig.